Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Inserate übernehmen außerhalb Berlins: Bonn: M. Cohen. — Bremen: E. Schlotte. — Stettin: S. Salomon. — Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co., Jäger's Buchhandlg. — Hamburg: Haasenstein & Vogler, Joh. Nordhaus, Adolf Steiner. — Breslau: G. Müller. — Halle a. S.: J. Barck & Co. — Magdeburg: Robert Kiess. — München: C. Narowski.

Wien: A. Opelik, Stubenbastei 2. — Amsterdam: A. Dalsmar Amn., Spuistraat 184. — Frankreich: G. L. Daube & Co. in Paris, 31 bis Faubourg-Montmartre. — England: G. L. Daube & Co. in London, 30 Fleet Street. — Polen und Russland: Rajchmann & Frenkler in Warschau, Senatorsgrabens 23.

Nr. 388. **Berlin, Freitag den 21. August 1885, Abends.** **24. Jahrgang.**

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint täglich Morgens und Abends, mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag Morgen, bei besonderen Ereignissen in Extra-Ausgaben. Der Abonnementspreis beträgt für das Deutsche Reich und die österreichisch-ungarische Monarchie vierteljährlich **7 Mark 50 Pf., für das übrige Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag, und werden Abonnements bei den betreffenden Postanstalten angenommen.** Für **Berlin** nehmen **sämmtliche Zeitungs-Spediteure** und die **Expedition** dieser Zeitung, **Wilhelmstraße 32,** Abonnements vierteljährlich zum Preise von **7 Mark 50 Pf.,** sowie die **Post-Expeditionen 8 Mark** incl. Bestellgebühr entgegen. **Preis** der einzelnen Nummer **10 Pf.** Inserate nimmt die Expedition zum Preise von **40 Pf.** pro fünfgespaltene Petitzeile an. Beiträge für die **Redaktion** der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" sind an diese: **Berlin SW. 48, Wilhelmstraße 32,** zu richten, **und wird gleichzeitige Honorarangabe erbeten.** **Nachträgliche Honoraransprüche finden keine Berücksichtigung,** unbenutzte Einsendungen können nicht aufbewahrt werden. Die Redaktion und die Expedition **frankiren** alle ihre Sendungen, nehmen daher auch nur **frankirte** Briefe an.

Für den Monat **September** eröffnen wir ein besonderes Abonnement zum Preise von ℳ **2.50.** — Bestellungen werden bei allen **Reichs-Postanstalten,** in Potsdam bei **A. H. Pusch,** Kanal Nr. 19, außerdem in **Berlin** bei den **Zeitungs-Spediteuren** und in der Expedition der **„Nordd. Allg. Ztg.",** Wilhelmstraße Nr. 32, angenommen.

Politischer Tagesbericht.

Berlin, 21. August.

Die Sozialdemokratie und die Sonntagsarbeit.

I.

Das generelle Verbot der Sonntagsarbeit gehörte bekanntlich auch zu denjenigen Forderungen des sozialdemokratischen Arbeiterschutzgesetz-Entwurfes, bezüglich derer der Abg. Grillenberger im Reichstage sich dagegen verwahrte, man habe damit „etwa blos einen agitatorischen Effekt machen wollen". Herr Grillenberger sprach damals als Fraktionsredner und Antragsteller, aber seine Verwahrung steht in recht schreiendem Widerspruche sowohl zu dem weiteren Verlaufe der Frage dieses Verbotes, als auch zu der bekannten von autoritativer sozialdemokratischer Seite inzwischen erfolgten Erklärung, die eigentliche Aufgabe der sozialdemokratischen Fraktion im Reichstage sei agitatorische Wirksamkeit und nicht etwa reformatorische Mitarbeit an der zu Gunsten der Arbeiter zu erstrebenden Beseitigung der Schäden in der Gesetzgebung.

Gerade in diesen Tagen, wo die Untersuchung des Thatbestandes hinsichtlich der Sonntagsarbeit stattgefunden und die Erhebung der Meinungsäußerungen der Arbeiter sowohl als der Unternehmer über ein Verbot derselben begonnen hat, dürfte ein Blick auf das Verhalten der Sozialdemokratie in dieser Frage nicht nur für die Charakterisirung dieser Partei, sondern auch für die Beurtheilung der fraglichen Angelegenheit selbst mancherlei interessante Resultate ergeben.

Man muß sich zunächst vergegenwärtigen, daß in dem vielgerühmten sozialdemokratischen Arbeiterschutzgesetzentwurf die Frage der Sonntagsarbeit doch nur einen nebensächlichen Bestandtheil ausmachte, daß an dieser Stelle dieselbe gleichsam als ein anderen Parteien servirter Schaumkloß auf der aus dem Maximalarbeitstage, dem Minimallohn, dem nach sozialdemokratischem Rezept konzipirten Arbeitskammern und anderen der Sozialdemokratie weit wichtigeren Dingen zusammengekochten Brühe einladend umherschwamm.

Obwohl nun der Abg. Grillenberger von vornherein Verwahrung dagegen eingelegt hatte, man wolle etwa blos einen agitatorischen Effekt erzielen, so ließ doch schon die von seinem Kollegen Rödiger in dieser Sache gehaltene Rede erkennen, wie man gerade die Frage des Verbotes der Sonntagsarbeit agitatorisch zuzustutzen gedenke. Bekanntlich hatte die Reichstagskommission einen Vorschlag solchen Verbotes vorgelegt, über den am 9. Mai im Plenum verhandelt wurde, und welcher den Hauptpunkten nach dem sozialdemokratischen Antrage — selbstredend nur bezüglich der Sonntagsarbeit — entsprach. Ehe noch ein anderer Redner aus dem Hause oder ein Vertreter des Bundesrathes gesprochen, war der Abg. Rödiger bereits in der Lage, zu erklären: dieser Vorschlag gehe seiner Fraktion lange nicht weit genug; wenn es sich um Interessen der Arbeiter handele, dann erschienen die Regierungsvertreter immer „wie manchesterlich". Wörtlich sagte er:

Wenn hier praktische Vorschläge gemacht werden, dann stehen die Herren auf dem rein manchesterlichen Standpunkt; dann sind sie unverstanden, daß erst Enqueten vorgenommen werden; dann sind sie der Meinung, daß die Industrie da geschädigt werden könnte, und alle die Bedenken, welche den reinen Fabrikantenstandpunkt rechtfertigen, findet man dann auch bei den Herren Regierungsvertretern.

Also die Enquete, die Feststellung des Thatbestandes wurde von vornherein von der Sozialdemokratie verhorresziert. Allerdings begreiflich genug, denn dadurch mußte die Frage der Sonntagsarbeit an ihrem agitatorischen Effekt, an ihrer Vorspannfähigkeit für die sonstigen, recht problematischen Forderungen der Partei einbüßen. Als aber dann der erste Vertreter der Regierungen, der zur Sache das Wort nahm, der Reichskanzler selbst, sich durchaus nicht auf einen „Fabrikantenstandpunkt" stellte, gingen die Herren noch deutlicher mit der Sprache heraus. Denn nichts weniger als „manchesterlich" und gerade vom Arbeiterstandpunkte ging der Reichskanzler in der Sache vor; in seiner ersten Rede äußerte er:

Die große Frage, die sich einem zuerst aufdrängt: ist dem Arbeiter überhaupt mit dieser zwangsweisen Sonntagsfeier gedient unter polizeilicher Aufsicht? — die könnte durch eine Enquete gelöst werden. Wenn man nun die Arbeiter darüber abstimmen ließe: „wollt ihr, daß euch bei Strafe verboten wird, Sonntags zu arbeiten?", so werden sie die Frage, ob sie ihrerseits bereit sind, 14 pCt. ihres Jahreslohnes zu verlieren, ganz bestimmt verneinen in denjenigen Betrieben, in denen bisher nach dem Zwange der Natur des Geschäftes die Sonntagsarbeit bedauerlicher Weise stattfindet.

In dieser ersten Rede schon wies übrigens der Reichskanzler auf die agitatorische Verwendung hin, die diese Angelegenheit voraussichtlich finden würde. Nachdem er abgelehnt, die dem Bundesrathe angetragenen — oder wohl richtiger zugemutheten — Vollmachten zu übernehmen, und nachdem er wiederholt das Arbeiterinteresse in der Sache vorangestellt hatte, äußerte er:

Sie schieben den Regierungen die Verantwortung dafür zu, wie der Versuch der Empirie ausfallen wird. Zeigt sich, daß es nicht geht, dann heißt es von den Antragstellern; ja wir haben den besten Willen gehabt, den Arbeitern zu helfen, wir verstehen die Sachen so genau nicht. Aber wenn die Regierung so etwas unterschreibt, so muß sie wissen, was sie thut. Es wäre Ihnen vielleicht eben so lieb, wenn die Regierung nichts thut, sondern Halt macht in dem Stadium, wo Sie an das Thor der Regierung pochen mit einer Forderung für die Arbeiter, die sehr befriedigend klingt; wenn die Regierung die Achsel zuckt und sagt: wir bedauern — wir übersehen nicht, wohin das führen kann. Schneidet die Sache da ab, dann stehen Sie glänzend da, dann sind Sie, wie man sagt, schön raus gegenüber der Regierung und können den Arbeitern sagen: hier ist das Gesetz, das könnte helfen, wenn die Regierung unterschrieben hätte; aber die Regierung hat kein Herz für den Arbeiter, die kümmert sich um den Arbeiter nicht, wir thun, was wir können, aber die Regierungen folgen uns auf dem Wege nicht.

Wie richtig, ganz besonders in Bezug auf die Sozialdemokratie, der Reichskanzler die weitere Entwickelung der Sache voraussagte, hat sich inzwischen ergeben. Die Melodie, welche angestimmt werden würde, ließ sich sofort aus folgenden „Argumenten" erkennen, die der Abg. Stolle gegen die Vornahme einer Enquete vorbrachte:

Das kommt mir gerade so vor, als wie man sagt: das Kind ruft: Mutter, gieb mir Brot! Die Mutter spricht: morgen wollen wir backen! aber als das Brot gebacken war, lag das Kind schon auf der Bahre. Und so wird es auch sein, bis Hunderte und Tausende deutscher Arbeiter körperlich und geistig zu Grunde gegangen sind, dann wird die Enquete darauf gekommen sein und wird sagen: jetzt ist es nothwendig, daß wir die Sonntagsarbeit beschränken!

„Sehr richtig! links" steht an dieser Stelle im stenographischen Bericht; das dürfte aber nicht nur bei den Sozialdemokraten gewesen sein, sondern, nach der derzeitigen, an der Enquete ihre Kritik übenden Haltung der betreffenden Preßorgane zu schließen, auch bei den Demokraten Bayerischer und Richterscher Observanz.

Der Reichskanzler deckte im Weiteren bereits damals auf, weshalb man von sozialdemokratischer Seite eine Enquete überhaupt nicht wolle, und ihr auch von sonstig-demokratischer wenig Geschmack abgewinne, besonders aber nicht einer Enquete, die sich, wie er angekündigt hatte, an die Arbeiter selbst wenden solle. Der Reichskanzler sagte:

Der Herr Vorredner (Stolle) lehnt die Enquete ab; er fürchtet, daß die Arbeiter dabei gefragt werden. Den Herren ist es ja immer unangenehm, wenn die Arbeiter ohne ihre Führer und Vormünder vernommen werden; aber darauf gerade wollen wir hinaus.

Und nachdem der Abg. Roebiger den Bundesrath dann nochmals in Anklagezustand versetzt hatte, ersplitzte der Reichskanzler: Das Haus werde sich aus den Ausführungen der sozialdemokratischen Redner wohl überzeugt haben, daß die Wirkung der Vorlage, der Art und des Inhaltes ihrer Anregung, daß nämlich der Bundesrath als der Schuldige dastehe, faktisch schon erreicht sei. Er sagte wörtlich:

Sie sehen, daß diese Herren, die sich besonders Vertreter der Arbeiter nennen, erreut sind über den Anlaß und die Möglichkeit, über den Vorwand, der ihnen gegeben ist, auf den Bundesrath mit Fingern zu zeigen: hic niger est, das ist derjenige, der uns schädigt.

Ein Rückblick auf den Verlauf, den in der Folge die sozialdemokratische Behandlungsweise der Sache seit dem Schlusse des Reichstags genommen, wird zeigen ebensowohl, wie unbegründet die Verwahrung des Abg. Grillenberger gewesen, man beabsichtige nicht etwa blos einen „agitatorischen Effekt" zu erzielen, als er auch darthun wird, keinen Zweifel lassen wird, wie sehr die Vornahme einer Enquete am Platze war, bei welcher die Arbeiter „von ihren Führern und Vormündern" getrennt vernommen werden.

Die im Laufe des Tages vom Wolffschen Bureau gebrachte Nachricht, daß die Tarifkommission der Telegraphenkonferenz die Grundsätze des einheitlichen Tarif- und Transitsystems für den gesammten europäischen Telegraphenverkehr unter einigen Modifikationen mit großer Majorität angenommen habe, wird auch uns bestätigt. Die Modifikationen erstrecken sich auf einzelne Erhöhungen der von Deutschland ursprünglich vorgeschlagenen Taxsätze. Welcher Meinung man auch über dieselben sein mag, jedenfalls schließt die Zurückführung des jetzigen Chaos von Tarifen auf eine einheitliche Basis einen so großen Fortschritt in sich, daß man über jene Einzelheiten hinweggehen kann. Dieselben werden sich durch die Wirkungen der Zeit wohl von selber regeln und abschleifen. Uebrigens muß bemerkt werden, daß die Anträge der Kommission ja noch den Beschlüssen der Plenarkonferenz unterliegen; und wenn auch inzwischen gewichtige Stimmen gewonnen sind, so fehlt doch zur Zeit noch die erforderliche Einstimmigkeit. Freilich werden sich die noch verbleibenden Gegner, wenn sie bei ihrer Haltung verharren sollten, der Pflicht nicht entziehen können, positive Vorschläge zu machen, wie denn nach ihrer Ansicht dem jetzigen Wirrwarr und der allgemein anerkannten Unhaltbarkeit der bisherigen Tarifprinzipien Abhülfe zu verschaffen sei. Eine bloße Negation ist bei der ganzen Sachlage und bei der Stimmung in der öffentlichen Meinung kaum möglich.

Das „Dresdener Journal" schreibt:

Es gehört nicht zu den geringsten Wohlthaten der neuen deutschen Politik, daß sie unsern Gesichtskreis erweitert, daß sie uns unsere Stellung in der Weltpolitik angewiesen und unsere Stellung auf dem Weltmarkte zu schätzen und zu fähigkeit besitzt. Zu allen Zeiten bestand ein wesentlicher Theil der großen Politik in den Beziehungen der höher gebildeten, geschichtlich aktiven Staaten, welche das Schicksal der Welt entscheiden, zu den passiven Völkern, den minder entwickelten, wilden Völkerschaften. An dem Verkehre mit diesen roheren Völkern der Menschheit hatte Deutschland keinen Antheil. Nach den fernen Welttheilen war ihm der Absatz erschwert, und der deutsche Handel arbeitete wesentlich durch britische und amerikanische Vermittlung. Dieses ist mit einem Male anders geworden. Deutschland nimmt eine hervorragende Stellung in der internationalen Politik ein; es schließt Verträge ab, die theils den Weltfreden zum Ziel haben, theils die Interessen des Weltverkehrs fördern. Dieser einflußreicheren internationalen Stellung entsprechend wächst unsere Bedeutung auf dem Weltmarkt, und andere, ehedem maßgebende Völker sehen wir auf früher genossene Vortheile verzichten.

Deutschland hat seine Erzeugnisse allerdings schon seit Jahren auf dem Weltmarkt eingeführt; denn Weltmarkt bedeutet den umfassenden Austausch von Handelsgegenständen zwischen allen Völkern der Kulturwelt. Unsere deutschen Chemikalien sind ein Gegenstand des Welthandels. Der deutsche Buchhandel in Leipzig und Stuttgart gehören ebenso wie die Polywarenmesse der ersteren Stadt dem Welthandel an. Unsere sächsischen Pianofortes und Nähmaschinen sind ein Gegenstand des Welthandels und werden nach Nordamerika, Australien und Rußland versandt. Dieser umfassende Austausch von Waaren ist eine eigenartige Frucht der jüngsten Vergangenheit. Er konnte nur erreicht werden durch die Zeit und Raum immer mehr besiegenden Verständigungs- und Verkehrsmittel der allerneuesten Zeit. Die internationale Telegraphenkonferenz ist ein neuer Schritt, mit welchem wir den großen Zielen des Weltverkehrs uns nähern.

Das amtliche Paderborner Kirchenblatt bringt in Betreff der Theologie Studirenden folgende Verfügung des bischöflichen Generalvikariats vom 17. d. M.:

„Diejenigen Jünglinge der Diözese Paderborn, welche sich dem Studium der Theologie widmen wollen, werden hierdurch aufgefordert, sich vor dem Eintritte in das Universitätsstudium persönlich vor dem bischöflichen Generalvikariate zu gestellen. Diejenigen Theologie Studirenden, welche das Universitätsstadium bereits begonnen haben, müssen sich gleichfalls vor Beginn des kommenden Semesters persönlich gestellen."

Wie mitgetheilt, hat der Minister für Handel und Gewerbe die Oberpräsidenten in den Küstengebieten angewiesen, Erhebungen über die bestehenden Seemannskassen aufzustellen. Es handelt sich um Beschaffung von Material für die Regelung der Unfallversicherung in der Seeschifffahrt. Auf Grund einer vor nicht langer Zeit vorgenommenen Privatenquete berichtet inzwischen „die Hülfsgenossenschaft" über in der Provinz Schleswig-Holstein bestehende Einrichtungen zum Besten der Seeleute:

Apenrade eine Seemannskasse für hülfsbedürftige Seeleute seit 1839, die über ein nicht unbeträchtliches Vermögen verfügt; Flensburg die Stiftung für bedürftige Seeleute und deren Hinterlassene seit 1857 (früher „Flensburger Schiffergelag", deren Vermögen nach dem jüngsten Rechnungsabschluß 67 376 ℳ beträgt); außerdem giebt es noch ein treffliches Seemannshaus, das einer beschränkten Zahl von alten Seeleuten Aufnahme gewährt; Arnis eine Schifffergesellschaft und eine Matrosenkasse, beide zur Unterstützung altersschwacher Seeleute und bedürftiger Wittwen derselben; Rendsburg eine Seemannswittwen- und Waisenkasse seit 1862; Kiel eine Seemannskasse, die ebenfalls Wittwen- und Waisen-Unterstützungszwecke dient, seit 1870 (dieselbe zählt 70 aktive Mitglieder, überdem 6 blos zahlende Theilnehmer und besitzt ein Vermögen von etwa 28 000 ℳ); seit einiger Zeit ist mit der Kasse auch eine Erkrankversicherung verbunden, an welcher sich 36 Mitglieder betheiligen; Husum auf Fehmarn die Fehmarnsche Seemanns-Wittwenkasse seit 1861; Heiligenhafen eine Seemanns-Wittwenkasse und eine Matrosenkasse; Tönning eine Stiftung für Wittwen und Waisen hülfsbedürftiger Seefahrer.

So weit die Kassen, über welche mehr oder minder erschöpfende Mittheilungen vorliegen. Aus Hadersleben, Eckernförde, Laboe, Neumühlen, Neustadt, Wyk auf Föhr, Pellworm und Husum ist die ausdrückliche Antwort eingegangen, daß dort keinerlei Kassen und Einrichtungen zum Besten der Seeleute vorhanden seien. Ueber einzelne Ortschaften fehlen Nachrichten überhaupt, hier und da gehören die Schiffer, wie wir wissen, den für Fischer ins Leben gerufenen, namentlich mit den Fischereinungen verbundenen Kassen an, wie sich solche in Flensburg, Schleswig, Eckernförde und in mehreren Ortschaften an der Ostsee befinden. In Kappeln giebt es noch eine Schiffergesellschaft, die jedoch keine persönlichen Unterstützungszwecke verfolgt, sondern sich darauf beschränkt, ihren Mitgliedern einen Erlaß zu gewähren für einen Theil der See- und Feuerschäden, welche ihren Schiffen zustoßen müßten.

Eine genaue Betrachtung der Einrichtung dieser Kassen, ihrer Wirksamkeit, Mitgliederverhältnisse 2c. hat folgende Thatsachen festgestellt:

Nur in sehr beschränktem Maße bezieht sich die Fürsorge auf die Fälle der Verunglückung oder Tödtung im Berufe unserer Seeleute. Fast läßt sich sagen: Eine direkte Unfallversicherung, die dem Betreffenden und seinen event. Angehörigen zu Gute käme, giebt es für den schleswig-holsteinischen Seemann überhaupt nicht. Die Kassen, die ihm zugänglich sind, müssen ausschließlich als Wittwen- und Waisen-, oder als Alters-Unterstützungskassen bezeichnet werden.

Nur ausnahmsweise findet eine wirkliche Fürsorge für die gemeine Schiffsmannschaft bezw. ihre Angehörigen statt. Die bestehenden Kassen sind wesentlich für Schiffsführer und Steuerleute errichtet, die aber auch nicht immer einen Rechtsanspruch an die Kasse besitzen, sondern zum Theil nur eine Unterstützung von derselben erbitten können. — Versucht man eine Schätzung der Zahl der Mitglieder der gegenwärtigen Kassen, so dürfte die Zahl 700—800 nicht zu niedrig greifen sein. Nach dem Handbuch für die deutsche Handelsmarine auf das Jahr 1884 beträgt nun aber die regelmäßige Besatzung der deutschen Kauffahrteischiffe von mehr als 50 Kubikmeter (17,65 Registertons) Brutto-Raumgehalt in Schleswig-Holstein im Ostseegebiet 9678, im Nordseegebiet 1580 zusammen also 4258 Mann. Hiernach wäre nur etwa ein Sechstel der Schiffsmannschaft an Seemannskassen der einen oder anderen Art betheiligt — zweifellos in dem Gewerbe, welches vor allen anderen als weitaus lebensgefährlichstes bezeichnet werden muß, kein erfreuliches Resultat.

Weiter kann nicht verkannt werden, daß die Höhe der Unterstützungen an Wittwen und Waisen nur in sehr bescheidenem Maße eine ausreichende ist. Pensionen, wie dieselben vereinzelt (z. B. in Burg 45 ℳ für eine Wittwe ohne Rücksicht auf Alter und Kinderzahl) zu finden sind, entsprechen nicht den heutigen Lebensunterhaltsansprüchen.

Endlich dürfte die Fundirung einzelner Kassen zu gewissen Bedenken Veranlassung bieten: an mehr als einer Stelle muß es fraglich erscheinen, ob unter Verhältnissen die Existenz der Kassen wirklich auf die Dauer gesichert sein dürfte.

Das Ergebniß der Erhebungen läßt sich also dahin zusammenfassen, daß über das Bedürfniß nach einer besseren, weitereichenden Fürsorge für die Invaliden der Arbeiter zur See in Schleswig-Holstein ein Zweifel nicht bestehen kann."

Zur Reform des amerikanischen Konsulardienstes schreibt die „New-Yorker Handelszeitung" vom 8. August Folgendes:

Unser Minister des Auswärtigen, Herr Bayard, ist mit einem durchaus lobenswerthen Werke, nämlich mit der Reorganisation unseres Konsulardienstes beschäftigt. Seit Uebernahme des Ministeriums hat Herr Bayard sich Mühe gegeben, nur solche Personen zu Konsuln zu ernennen, von welchen er sich vorher überzeugt, daß sie kompetent und im Stande seien, den ihnen auferlegten Verpflichtungen in jeder Hinsicht nachzukommen. Daß bei diesen Ernennungen auch manche Mißgriffe vorgekommen sind, ist nicht zu leugnen; da Herr Bayard aber die feste Absicht hat, den Konsulardienst möglichst zu vervollkommnen, wird er ohne Zweifel die begangenen Fehler so viel wie möglich wieder gut zu machen suchen. Das Bestreben des Ministers verdient alle Anerkennung und wird namentlich seitens der Geschäftswelt des Landes warm unterstützt. Veranlaßt zu dem Schritte wurde Herr Bayard unstreitig durch die vielfachen Klagen, welche von aus den Auslande zurückgekehrten oder dort ansässigen Bürgern der Vereinigten Staaten im Laufe der Zeit über das Benehmen vieler unserer Konsuln eingelaufen waren. Und diese Beschwerden waren leider nur zu begründet. Unter den letzten Administrationen wurden die Konsulstellen größtentheils als Belohnung für der Partei geleistete politische Handlangerdienste betrachtet, und die Folge davon war, daß Leute zu solchen Aemtern ernannt wurden, welche entweder für die ihnen obliegenden Pflichten nicht das geringste Verständniß hatten, oder ihre Stellen nur dazu benutzten, um in bekannter Hinsicht so viel wie möglich herauszuschlagen, und um, wenn sie genügende Mittel hatten, sich einige Zeit lang im Auslande zu amüsiren. Wir hatten und haben indessen noch heute von früheren Regierungen ernannte Konsuln, bei welchen das eben Erwähnte nicht zutrifft, und diese sind bekanntlich auch von der gegenwärtigen Administration in ihren Stellungen belassen worden. Herr Bayard ist entschlossen, nur solche Männer als Konsuln nach dem Auslande zu senden, welche nötige Intelligenz besitzen und fähig sind, sich genau über die geschäftlichen Verhältnisse der Distrikte zu informiren, in welchen sie unsere Republik repräsentiren. Es wird von diesen Herren erwartet, daß sie unserem Ministerium des Auswärtigen genauen Bericht darüber erstatten, welche amerikanische Waaren sich am besten zum Import in ihren betreffenden Distrikten eignen, und daß sie überhaupt unsere Geschäftswelt auf dem Laufenden über die kommerzielle Lage im Auslande erhalten, um auf diese Weise zur Erweiterung des Handelsverkehrs der Vereinigten Staaten und zur Anknüpfung neuer Handelsbeziehungen mit anderen Nationen beizutragen.

Zu einer gründlichen und wirklich zweckentsprechenden Reorganisation unseres Konsulardienstes ist es indessen nicht nur erforderlich, daß die betreffenden Stellen nicht an Politiker von Beruf vergeben, sondern daß dieselben auch besser salarirt werden, als dies gegenwärtig geschieht. Von den 430 Generalkonsuln, Konsuln und Kommerziellen Agenten der Vereinigten Staaten erhalten nur 203 ein regelmäßiges Salair, während der Rest jährlich einen 2500 Dollars nicht übersteigenden Antheil von den eingehenden Gebühren erhält. Die Mehrzahl der auf die Gebühren angewiesenen Inhaber von Konsulaten wird sogar jährlich mit nur ca. 1000 Dollars abgefunden. Zur Besetzung solcher Stellen dürfte Herr Bayard schwerlich kompetente Männer, namentlich, wie dies wünschenswerth, praktische und gebildete Geschäftsleute finden. Diese Methode der Besoldung von Konsuln aus den eingehenden Gebühren sollte entschieden fallen gelassen und es sollten alle derartigen Stellungen fest salarirt, und zwar derartig salarirt werden, wie es Repräsentanten der Vereinigten Staaten im Auslande sein sollten, von welchen man eine strikte Erfüllung ihrer Obliegenheiten erwartet. Während der letzten drei Jahre sind dem Vereinigten Staaten-Schatzamt als Ueberschuß der Gebühren aus dem Konsulardienst jährlich ca. 50 000 Dollars zugeflossen. Dieser Ueberschuß könnte am zweckmäßigsten zur Aufbesserung der geringen Salaire eines großen Theiles unserer Konsuln verwendet werden. Es steht zu hoffen, daß sich der nächste Kongreß ernstlich mit der Angelegenheit beschäftigen wird.

Rundschau im Auslande.

Es liegen heute verschiedene Meldungen aus Egypten und Afghanistan vor, welche für den Stand der englischen Politik in beiden Ländern charakteristisch sind. Aus Kairo wird die bevorstehende Zurückziehung eines erheblichen Theiles der Okkupationstruppen, bezw. der an der Sudanexpedition betheiligt gewesenen Truppentheile signalisirt, indeß zugleich verlautet, daß Kassala nun wirklich, am 30. v. M., übergegangen ist, und die Insurgenten, trotz der in ihren Reihen angeblich herrschenden Zwistigkeiten, konsequent vorrücken und gegenwärtig im Anmarsch auf Neu-Dongola sind. Nachdem aus früheren Anlässen bekannt ist, daß das Londoner Kabinet keine Neigung bekundet, den Sudan ganz und gar aufzugeben, so würde die Zurückziehung eines so erheblichen Theiles der in Egypten stehenden Streitkräfte nur unter der Voraussetzung glaubhaft erscheinen, daß die Lücken des Okkupationskorps in anderer Weise ausgefüllt würden.

Der neuernannte englische Gesandte beim Emir von Afghanistan ist nun am 9. ds. in Kabul eingetroffen und feierlichst empfangen worden. Welcher Art seine dortige Mission auch sein möge, sie ist begrifflich untrennbar von einer entsprechend schärferen Betonung des politischen Einflusses Englands in Kabul und jenen Gegenden des Landes, die mit Kabul direkte administrative Verbindungen unterhalten.

In einer Rückschau auf die Thätigkeit der liberalen Regierung während der Dauer des letzten Parlaments räumt selbst die „Daily News" ein, daß die auswärtige Politik der Gladstoneschen Regierung nicht in jeder Hinsicht mit den Wünschen ihrer Mitglieder oder ihrer treuesten Anhänger korrespondirte.

„Sie begann gut und endete gut", sagt das liberale Organ, „allein es waren Zwischenräume vorhanden, auf welche mit nämlicher Befriedigung zurückzublicken unmöglich ist und die wahrscheinlich ganz ebenso unangenehm für Mr. Gladstone und Lord Granville selber als für jeden Anderen waren. Ueber die auswärtige Politik Mr. Gladstones und seiner Kollegen mag mit absoluter Zuversicht das gesagt werden, daß sie die bestgeschulte Politik war, die jemals einem Parlament vorlag."

Das irische Verbrechenverhütungsgesetz lief am letzten Freitag ab, ein Ereigniß, welches in vielen Städten des südlichen Irlands durch lärmende Kundgebungen gefeiert wurde. Freemans Journal" brachte einen Artikel, in welchem es unter Anderm heißt:

„Die verhaßte Zwangsherrschaft ist vorüber. Heute ist das irische Volk nicht ohne Grund zuversichtlich und leichtherzig. Die Iren sind nicht länger Sklaven, für einen Tag von der Peitsche des Treibers befreit, sondern sie sind entschlossen, die legitimen Bestrebungen ihres Geburtslandes zu verwirklichen. Wir wollen unsere Landsleute nicht beleidigen, indem wir ihnen anrathen, jetzt, wo der Zwang todt und vorüber ist, von Verbrechen abzustehen. Es ist keine Nothwendigkeit für einen solchen Rathschlag vorhanden. Das Verbrechenverhütungsgesetz erzeugte Verbrechen, anstatt sie zu unterdrücken. Wir besorgen nicht, daß das Archiv der kommenden Monate durch Ausschreitungen befleckt sein wird."

In den publizistischen Organen der österreichischen Hauptstadt hat die Fahrt der Wiener Sänger nach Berlin und der ihnen hier zu Theil gewordene begeisterte Empfang ein gewaltiges Echo wachgerufen, das auf die mannigfachste Art variirt wird. Ein an treffenden Urtheil besonders reichhaltiger Artikel des „Fremdl.", der den idealen Wirkungen nachgeht, welche der jüngste Kontakt zwischen den Metropolen der engverbündeten Kaiserreiche im Gefolge haben dürfte, schließt mit nachstehenden Bemerkungen:

„Sie (die Wiener Sänger) sind als gute Deutsche und als gute Oesterreicher an die Spree gezogen und als solche heimkehrt worden, und was sie an Sympathieen für Wien erworben haben, kommt dem Reiche zu statten. Sie haben nicht die Kämpfe der Deutschen mit ihren andersprachigen Reichsgenossen über die Grenze getragen, sie haben nichts von Ungemach unserer inneren Verhältnisse, wenn auch auf verwandtem, aber doch auf fremdem Boden auftklingen lassen. Los und ledig aller politischen Klagen und aller politischen Zweck, haben sie die Macht des Wiener Gesanges ertönen lassen, und den glänzenden Nachweis erbracht, daß diese Kunst deutscher Eigenart und diese herliche Gabe des deutschen Wesens jetzt, wie vor lange verklungenen Zeiten, in Wien blüht und gedeiht und von der Kunstliebe des deutschen Stammes in Oesterreich ein weithin vernehmbares Zeugniß ablegt. Und wenn durch die von den Sängern neu erstrittenen Sympathieen das Bündniß zwischen Oesterreich-Ungarn und dem Deutschen Reiche noch naturgemäßer, noch selbstverständlicher als bisher erscheint und gleichsam nicht mehr als das Werk der Diplomatie, sondern der Hinneigung der Völker ins Bewußtsein kommt, so kann dies ebenfalls nur der Monarchie förderlich sein, und zu jenen Zielen neue Kräfte leihen, welche von ihr angestrebt werden, und längst als Inhalt ihrer Politik bekannt und anerkannt sind. Haben die Sänger auch sorgsam vermieden, ihre Kunst durch Politik beeinflussen zu lassen, und sie etwa Tagesparolen zu unterordnen, so lieh doch das Bündniß der beiden Reiche, die Innigkeit ihrer Beziehungen eine gewaltige, eine historische Resonanz, welche die Wirkung des Liedes mächtig erhöhte. Diese ließ die Töne tief in die Herzen dringen, als von Freunden und Bundesgenossen kommend, deren Freundschaft und Bundesgenossenschaft um so werthvoller ist, als sie von treuen und starken Händen gehalten und von selbstständigen und auch selbstbewußten Herzen gepflegt wird."

Gegenüber dem Umstande, daß der ungarische Ministerpräsident, Herr v. Tißza, sich nicht in Begleitung des Kaisers Franz Josef anläßlich seiner Begegnung mit dem Kaiser Alexander III. befinden wird, betont eine Pester Zuschrift der „Pol. Korr.", daß die Anwesenheit des ungarischen Ministerpräsidenten bei der bevorstehenden Monarchenentrevue in keiner Weise nothwendig erscheine. Man dürfe vollständig überzeugt sein, daß in Kremsier meritorische Abmachungen oder Aenderungen der bisherigen politischen Richtung nicht erfolgen